

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.11.2023
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Terroristen haben auf
- 2 brutale und bislang unvorstellbare Weise weit über tausend Menschen ermordet und über 240
- 3 Geiseln genommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terror aufs Schärfste. Wir stehen
- 4 nach diesen furchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Wir
- 5 trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen all denen Respekt, die in diesen schweren
- 6 Stunden Menschen gerettet, Verwundete versorgt und Hinterbliebene betreut haben. Wenn
- 7 heute,
- 8 75 Jahre nach der Staatsgründung Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust, Jüdinnen und
- 9 Juden in Israel aufs Neue um ihr Überleben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss
- 10 Deutschland seine ungeteilte und unverbrüchliche Solidarität mit und Unterstützung für
- 11 Israel und seine Bürger*innen deutlich machen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen
- 12 Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns.
- 13 Diese besondere Beziehung zu Israel begründet sich aus unserer historischen Verantwortung.
- 14 Der Staat Israel ist drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden, nachdem
- 15 das nationalsozialistische Deutschland sechs Millionen Jüdinnen und Juden systematisch
- 16 ermordet hatte. Seitdem bietet Israel eine nationale Heimstätte und einen sicheren Hafen für
- 17 das jüdische Volk. Das Existenzrecht Israels ist für uns deshalb genauso unverhandelbar wie
- 18 die Sicherheit von Jüdinnen und Juden.
- 19 Israel hat wie jeder andere Staat das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich gegen diese
- 20 Angriffe im Rahmen des humanitären Völkerrechts zu verteidigen, und die israelische
- 21 Regierung die Pflicht, ihre Bürger*innen dauerhaft zu schützen. Seit den Terrorangriffen vom
- 22 7. Oktober führt Israel deshalb Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Unter diesem Krieg
- 23 leidet die palästinensische Zivilbevölkerung; es sind bereits Tausende Zivilist*innen,
- 24 darunter auch zahlreiche Journalist*innen wie auch Mitarbeiter*innen der UN, umgekommen –
- 25 dieses Leiden macht uns tief betroffen, es ist Teil des zynischen Kalküls der Terroristen.
- 26 Die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder und versteckt
- 27 ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Dieses Drehbuch darf nicht
- 28 aufgehen. Wir setzen uns vehement für die Freilassung aller von der Hamas verschleppten
- 29 Geiseln und für humanitäre Pausen ein. Auch der Raketenterror der Hamas und anderer
- 30 extremistischer Gruppen muss sofort unterbunden werden.
- 31 In Gaza, wo das Leben bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und Perspektivlosigkeit
- 32 geprägt war, ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Den Menschen fehlt es an allem, was
- es zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Viele sind auf

33 der Flucht. Wir danken den Freiwilligen und Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen, die
34 ihr Leben riskieren, um Menschen in Not zu versorgen.

35 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für Gaza erhöht hat.
36 Diese Hilfe gilt es, langfristig fortzuführen und zu intensivieren. Damit sie bei den
37 notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren humanitären Zugang.
Dafür
38 sind humanitäre Feuerpausen und Korridore von entscheidender Bedeutung.

39 Die Reaktion Deutschlands, der Europäischen Union und unserer Verbündeten auf diesen Krieg
40 wird weltweit genau beobachtet. Unser Einsatz für den Schutz aller Zivilist*innen und das
41 humanitäre Völkerrecht wird gebraucht. Kein Konflikt beschäftigt und spaltet die
42 Weltgemeinschaft derzeit so wie der in Nahost. Darum schauen unsere engsten Verbündeten
43 genauso wie unsere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien genau darauf, wie wir uns
44 verhalten. Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement, das auch eine Grundlage für
45 unsere Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen Süden und der
46 arabischen Welt ist.

47 Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit Israels
48 auch für die Zukunft zu garantieren: Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem Wege
49 geben. Wir setzen uns für eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der
50 Grenzen von 1967 ein, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und
51 lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Mit
52 der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen jedoch Gewaltakteure, die nie den Frieden
53 mit Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Wir werden unseren
54 Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt werden kann. Dazu gehört auch
55 eine klare Verurteilung und Bekämpfung des Terrors gegen Israel durch die Palästinensische
56 Autonomiebehörde. Der fortdauernde israelische Siedlungsbau und die Siedlergewalt gegen
57 Palästinenser*innen im Westjordanland sind Hürden für den Frieden. Wir begrüßen die
58 Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für einen erneuten
59 Friedensprozess einzusetzen.

60 Was die Hamas begonnen hat, wird von der Hisbollah, den Houthis und anderen regionalen
61 Extremisten verstärkt. Finanzielle, militärische und ideologische Unterstützung bekommen
62 diese vom iranischen Regime, das die Region destabilisiert und viel Leid über die
63 Bevölkerung im Nahen Osten bringt, einschließlich der Menschen im Iran selbst. Auch deswegen

64 bekräftigen wir unsere Position, die iranischen Revolutionsgarden, die Hauptstruktur der
65 regionalen Aggression des Regimes wie der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, auf die
66 Terrorliste der Europäischen Union zu setzen.

67 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte
68 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Auch in Deutschland
69 erleben antisemitische Hetze und Gewalt einen besorgniserregenden Aufschwung, der sich auf
70 einigen Demonstrationen sowie in Angriffen auf und Drohungen gegen Jüdinnen und Juden oder
71 Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt. Dieser Antisemitismus zieht sich
72 durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht vorrangig ein importiertes Phänomen.

73 Fast 80 Jahre nach dem Holocaust gibt es heute vielfältiges jüdisches Leben in Deutschland,
74 das geschützt werden muss. Jüdinnen und Juden und Israelis müssen frei und sicher in

75 Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und Identität sichtbar zu machen.
76 Auch das ist Teil deutscher Staatsräson. Ein Angriff auf Jüdinnen und Juden ist immer auch
77 ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die Menschlichkeit. Dazu
78 gehören auch Kundgebungen, auf denen der Terrorismus der Hamas verherrlicht und gefeiert
79 wird. Sie haben auf unseren Straßen nichts verloren. Volksverhetzung und Aufrufe zur Gewalt
80 müssen konsequent unterbunden und zur Rechenschaft gezogen werden.

81 Um dieses Schutzversprechen einzulösen und gegen extremistische oder terroristische
82 Gruppierungen vorzugehen, braucht es gut ausgestattete Sicherheitsbehörden. Deshalb ist es
83 auch richtig, dass Organisationen, die den Terror der Hamas unterstützen oder verherrlichen,
84 nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres
Rechtsstaats
85 als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des Antisemitismus ließe sich einfach durch
86 mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der
87 Gesellschaft zieht. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen
88 selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und harte Konsequenzen für
die
89 Täter*innen haben, bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der Aufenthaltserlaubnis.
90 Diese Möglichkeit besteht längst.

91 Strafrecht alleine reicht aber bei weitem nicht aus. Denn der Kampf gegen den Antisemitismus
92 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Er muss bis in die Mitte der Gesellschaft reichen
93 und dringend auf allen Ebenen verstärkt werden. Er muss sich gegen Antisemitismus jeglicher
94 Art richten – sei es Antisemitismus von rechts, von links oder islamistisch motivierter. Zu
95 diesem Kampf gehören auch eine konsequente Weiterentwicklung der Vermittlung der Lehren
der
96 Shoah sowie die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur. Dies muss auch zentraler
97 Bestandteil von Integrationsmaßnahmen sein. Jede*r, der oder die hier lebt, muss die Shoah
98 kennen und die Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt.
99 Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen
100 Antisemitismus leisten, müssen gestärkt werden. Wir brauchen islamische Verbände und
101 Vereine, die strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt sind.

102 Klar ist: In unserem Land darf es keinen Platz geben für pauschale Vorurteile und
103 Diskriminierung, selbstverständlich auch gegenüber Muslimen nicht. In Deutschland leben
104 zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen Verbindungen in die
105 palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen in Gaza und
der
106 ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land und teilen wir.

107 Als Gesellschaft dürfen wir uns gerade in solchen Situationen nicht auseinandertreiben
108 lassen. Wir müssen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein sicheres Leben für alle
109 ermöglichen. Demokrat*innen stehen in diesen Zeiten an der Seite Israels, des Friedens und
110 gegen Hass und Terror.

Begründung der Dringlichkeit

Das volle Ausmaß der Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober kam erst nach und nach ans Licht. Der daraus folgende Krieg wurde in den Tagen danach deutlich, vor allem mit dem Start der israelischen Bodenoffensive gegen Ende Oktober. Die Auswirkungen auf die innenpolitische Lage in Deutschland wurden im Laufe des Oktobers deutlich, insbesondere mit den Übergriffen bei Demonstrationen und dem Anschlag auf jüdische Einrichtungen in der Woche vom 16. Oktober. Damit ergibt sich eine neue Lage in Nahost sowie Deutschland, und damit eine besondere Dringlichkeit für unsere Reaktion darauf.

Begründung

mündlich

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.11.2023
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat im vergangenen Jahr die größte
- 2 Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Darüber hinaus suchen wieder
- 3 mehr Menschen Schutz, die von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung in Heimatländern wie
- 4 Afghanistan oder Syrien bedroht sind. Bund, Länder und Kommunen haben in den
- zurückliegenden
- 5 Jahren hart daran gearbeitet, den Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und
- 6 sie zu versorgen. Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen -
- 7 von den Bürgermeister*innen bis zu den Sachbearbeiter*innen - sowie die viele Freiwillige
- 8 haben dabei Unschätzbare geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.
- 9 Gleichzeitig gilt: Seit 2022 hat Deutschland insgesamt rund 1,6 Millionen Geflüchtete
- 10 aufgenommen, davon rund 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine. Die Menschen konnten bis
- 11 jetzt weitgehend gut in Ländern und Kommunen untergebracht werden. Mittlerweile ist die
- 12 Situation jedoch in mehr und mehr Kommunen angespannt. Insbesondere dort, wo es schon
- bisher
- 13 an Wohnraum fehlte, an Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, sehen sie ihre
- 14 Möglichkeiten derzeit erschöpft. Die Integrationsarbeit, soziale Infrastruktur und
- 15 insbesondere die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter wird erschwert. Die
- 16 vielen Ehrenamtlichen engagieren sich bereits seit vielen Jahren sehr intensiv. Aufgrund der
- 17 Herausforderungen sehen wir es als unseren Auftrag, die Kommunen und die Zivilgesellschaft
- 18 mehr und vor allem verlässlich bei Unterbringung, Versorgung und Integration zu
- 19 unterstützen.
- 20 Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass Bund und Landesregierungen unterschiedlicher
- 21 Konstellation im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 6. November in der Lage
- 22 waren, zu einer breiten Einigung unter den demokratischen Parteien zu kommen. Diese
- Einigung
- 23 bietet eine Grundlage, um die Kommunen bei der Bewältigung ihrer großen Aufgabe zu
- 24 unterstützen: Einige Punkte, wie etwa die geplante Verlängerung des Grundleistungsbezugs des
- 25 Asylbewerberleistungsgesetzes, finden wir grundsätzlich falsch. Das Vertrauen der Menschen
- 26 in diesem Land in demokratische Institutionen hängt auch davon ab, ob und wie die
- 27 Herausforderungen angegangen werden. Wir wissen, dass wir Verantwortung für den

Zusammenhalt

28 im Land tragen. Unser Land kann diese Aufgabe meistern. Wir sind kompromissbereit, aber mit
29 uns gibt es nur Kompromisse, die mit Menschenrechten vereinbar sind.

30 Dabei setzen wir in der Migrationspolitik auf Humanität und Ordnung. Diese bedingen
31 einander. Denn Humanität kann es dauerhaft nur mit geordneten Verfahren geben, während
32 Abschottung zu Chaos führt. Es braucht klare Regeln, die den Menschen in Not helfen. Die
33 Hilfe muss gleichzeitig vernünftig organisiert sein.

34 Deutschland ist aus gutem Grund grundgesetzlich, völkerrechtlich und historisch einer Asyl-
35 und Migrationspolitik der Humanität verpflichtet. Deutschland als eines der größten
36 Aufnahmeländer Europas darf seine Verantwortung, Empathie und Menschlichkeit nicht
aufgeben.

37 Hinter jeder Zahl und jeder Statistik verbirgt sich ein Mensch, eine Familie, ein Schicksal.
38 Die Menschen sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und fliehen beispielsweise vor Krieg
39 und Vertreibung. Wir wollen Schutzbedürftigen helfen, unserer humanitären Verantwortung
40 gerecht werden und hierfür auch sichere Fluchtwege gewährleisten.

41 Eine besondere Verantwortung haben wir für Menschen, die sich für Demokratie,
42 Rechtsstaatlichkeit oder Frauenrechte eingesetzt haben und dadurch nun zum Beispiel in
43 Afghanistan in Gefahr sind. Auch unsere Ortskräfte lassen wir nicht zurück - sie zu schützen
44 ist eine moralische und politische Verpflichtung. Deswegen hat die Bundesregierung bereits
45 über 40.000 Aufnahmezusagen erteilt, von denen bisher über 30.000 einreisen konnten.

Darüber

46 hinaus wollen wir beispielsweise das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan vorantreiben. Wir
47 arbeiten intensiv daran die Visaverfahren und Überprüfung ebenso zu beschleunigen, wie die
48 Ausreise der betroffenen Personen mit Aufnahmezusage.

49 Wir wollen Menschen auch Möglichkeiten und Chancen bieten. Wir brauchen Menschen, die zu
uns

50 kommen und hier arbeiten wollen. Denn unsere Gesellschaft braucht Migration, unsere
51 Wirtschaft benötigt Fach- und Arbeitskräfte. Deshalb haben wir für erste Erleichterungen
52 beim Zugang zum Arbeitsmarkt für bereits hier lebende Asylsuchende und eine dauerhafte
53 Perspektive bis hin zur Staatsbürgerschaft in Deutschland gesorgt und wollen diesen Weg
54 weiter gehen: Wir wollen Deutschland zu einem stabilen und gut funktionierenden
55 Einwanderungsland machen. Auch deshalb können wir es uns nicht leisten, dass Menschen aus
56 anderen Ländern sich bei uns nicht willkommen fühlen.

57 Eine Politik wiederum, die das Heft des Handelns aus der Hand gibt, kommt ihrer
58 Verantwortung nicht nach und verliert die Akzeptanz der Bürger*innen. Wir wissen: Steuerung,
59 Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland
dazu.

60 Es braucht legale und sichere Wege zu uns, jenseits einer menschenfeindlichen Festung Europa
61 einerseits und unkontrollierter Grenzen andererseits. Wir verteidigen das Grundrecht auf
62 Asyl und unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention. Wir
63 wollen aber nicht nur ein Bekenntnis abgeben, wir wollen diesen Anspruch pragmatisch
64 umsetzen: Wir packen reale Probleme an und entwickeln tatsächliche Lösungen. Das bedeutet:
65 Wir wollen Kapazitäten ausbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige Strukturen
66 schaffen. Wir stehen für einen ehrlichen Umgang mit großen Herausforderungen. Wir wollen
67 dafür sorgen, dass weniger Menschen nach Europa fliehen müssen und dass die

Schutzsuchenden

68 besser verteilt werden. So tragen wir dazu bei, dass die Herausforderung rechtsstaatlich und
69 menschenwürdig bewältigt und gestaltet werden kann.

70 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf Freizügigkeit
71 innerhalb Europas war und ist eine der größten Errungenschaften für das Zusammenwachsen
der

72 europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir dauerhafte und stationäre
73 Binnengrenzkontrollen ab. Sie lösen keine Probleme, belasten den Personenverkehr der
74 Grenzregionen und schädigen die Wirtschaft. Zudem stellen sie eine enorme Belastung für
75 unsere Polizist*innen dar, die an anderer Stelle dringender gebraucht werden. Deshalb lehnen
76 wir sie ab.

77 Kurzum: Nur eine Politik, die Werte und Wirklichkeit verbindet, wird auf Dauer tragen. Dafür
78 wollen wir selbstbewusst eintreten: Wir hören zu, nehmen Probleme ernst und setzen uns für
79 eine rechtsstaatliche und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik ein, die
80 unseren Zusammenhalt stärkt und erweitert. Im Zentrum unserer Politik steht auch hier der
81 Mensch in seiner Würde und Freiheit.

82 Wir wissen um die Tragweite unserer Entscheidungen. Jede vermeintliche Kleinigkeit im
83 Regelwerk kann existenzielle Auswirkungen für Menschen haben. Als eine Partei, die sich auch
84 für den Einsatz für die universellen Menschenrechte inklusive der Minderheitenrechte
85 gegründet hat, sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stets dem Grundsatz der Humanität verpflichtet.
86 Diese in eine Ordnung zu gießen, ist nun das Gebot. Wir suchen und geben Antworten, die dem
87 Ernst und der Größe der Herausforderung angemessen sind, statt es uns mit einfachen
88 Antworten und unsachlichen Profilierungsversuchen leicht zu machen, wie es die
89 Populist*innen tun. Eine Obergrenze ist weder machbar noch rechtens noch human. Wir sehen
es

90 als unsere Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzubringen. Wir stellen uns den zum Teil
91 rassistischen Debatten entgegen und stehen an der Seite derer, die unter ihnen besonders
92 leiden.

93 Migration ist eine Gestaltungsaufgabe für die Politik - ob sie aus Furcht um das eigene
94 Leben geschieht oder auf der Suche nach einer guten Zukunft. Wir streiten ernsthaft um den
95 richtigen Weg, auch stellvertretend für die Gesellschaft. In Demut vor der Aufgabe und im
96 Wissen darum, dass es keine einfachen Lösungen gibt.

97 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für:**

98 **1. Kommunen unterstützen**

99 Wir wollen Städte und Gemeinden besser unterstützen, finanziell stärken und dabei
100 sicherstellen, dass die notwendigen Mittel zu ihrer Entlastung weitergegeben werden. Es ist
101 gut, dass Bund und Länder bei der finanziellen Unterstützung einen wichtigen Schritt
102 vorangekommen sind. Dafür haben wir lange gekämpft. Als Teil der Ampelregierung sorgen wir
103 für eine dauerhafte, ausreichende und strukturelle Finanzierung durch den Bund, die die
104 langfristige Planungssicherheit für Länder und die Kommunen ermöglicht. Gleichzeitig
105 etablieren wir eine flexible Komponente, die Kommunen proportional zur Zahl der
106 Schutzsuchenden unterstützt. Nun ist klar: Wenn mehr Geflüchtete von einer Kommune versorgt

107 werden, steigen auch die entsprechenden finanziellen Mittel. Außerdem wollen wir, dass
108 Aufnahmekapazitäten dauerhaft erhalten bleiben und finanziell abgesichert werden. Die von
109 der MPK eingesetzte Kommission zu Migration und Integration soll auch einen Vorschlag
110 erarbeiten, wie ein langfristig zukunftsfähiges Finanzierungsmodell für eine gelungene
111 Unterbringung und Versorgung Geflüchteter aussehen kann. Die Stimmen der Kommunen
müssen
112 dabei Gehör finden. Außerdem wollen wir, dass Aufnahmekapazitäten dauerhaft erhalten
bleiben
113 und deren Vorhaltung finanziell abgesichert wird. Der Grundstein für Integration wird in den
114 Kommunen gelegt. Hier müssen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen und dauerhaft
115 erhalten werden. Diesen Weg gehen wir weiter und wollen auch dafür sorgen, dass
116 funktionierende Modellprojekte und Wege von Kommunen und Ländern Schule machen und
117 bundesweiter Standard werden.

118 2. **Soziale Infrastruktur ausbauen**

119 Wir wollen unsere soziale Infrastruktur stärken und Investitionen auf den Weg bringen.
120 Bereits bestehende Probleme, die wir alle im Alltag spüren, nicht nur bei der Aufnahme von
121 Geflüchteten, verstärken die Herausforderungen vielerorts: Unsere soziale Infrastruktur muss
122 dauerhaft stärker und die Kommunen entsprechend ausgestattet werden. Der Mangel an
Wohnraum
123 oder die unzureichende Anzahl an Schul- und Kitaplätzen wurde in den letzten Monaten noch
124 einmal deutlich. Dieses Problem ist keines, das wir allein für die Geflüchteten angehen
125 müssen, sondern für die gesamte Gesellschaft. Doch sind die Geflüchteten oft die ersten,
126 denen die fehlenden Kapazitäten zu Unrecht angelastet werden. Klar ist: Es wurde zu lange zu
127 wenig getan. Wir wollen deshalb in Wohnraum investieren und dafür sorgen, dass insbesondere
128 mehr Wohnungen mit sozialer Bindung entstehen. Wir wollen auf allen Ebenen in den Ausbau
129 guter Schulen und Kitas investieren. Dafür müssen wir mehr Lehrer*innen und Erzieher*innen
130 gewinnen und ausbilden. Indem wir mit einer sozialen Politik zum Beispiel für bezahlbaren
131 Wohnraum und gute Löhne sorgen, sichern wir den Zusammenhalt der Gesellschaft und
entziehen
132 rechten Populist*innen, die Menschen gegeneinander ausspielen und unsere Gesellschaft
133 versuchen zu spalten, den Nährboden.

134 3. **Integrationsoffensive starten**

135 Wir wollen Integration vorantreiben und Perspektiven für Geflüchtete schaffen. Mit einem
136 "Integrationsbündnis" wollen wir aufzeigen, wie Integration und der Weg in den Arbeitsmarkt
137 nachhaltig gelingen kann. Dazu gehört insbesondere die enge Einbindung von Akteur*innen aus
138 der Wirtschaft und Gewerkschaften. Denn damit Integration wirklich gelingen kann, braucht es
139 eine ebenenübergreifende Strategie vom Bund bis zur Kommune und ein gebündeltes
Vorgehen.
140 Gute Integrations- und Sprachkurse sorgen dafür, dass Menschen sich schnell einleben und
141 ihren Alltag bewältigen können. Dafür müssen die Kurse von Anfang an verfügbar sein,
142 flächendeckend ausgebaut, geschlechtergerecht ausgestaltet und zuverlässig finanziert
143 werden. Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte in Integrations- und Berufssprachkursen wollen

144 wir durch Tarifbindung verbessern und die bessere finanzielle Ausstattung der
145 Sprachkursträger gewährleisten. Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an
146 Integrationskurse mit Kinderbetreuung in den Blick, damit auch Sorgeberechtigte teilnehmen
147 können. Wir wollen auch, dass mehr Sprachkurse in den Abendstunden angeboten werden,
sodass
148 sie berufsbegleitend wahrgenommen werden können. Die Migrationsberatung wollen wir
stärken.

149 Die Beratung muss direkt zu Beginn starten – etwa durch Angebote in den
150 Erstaufnahmeeinrichtungen.

151 Menschen, die bereits Familienangehörige oder andere Anknüpfungspunkte haben, sollen bei
152 ihnen oder in deren Nähe unterkommen können. Damit entlasten wir den Wohnungsmarkt und
153 fördern die Integration von Beginn an. Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit
154 ukrainischer Staatsbürgerschaft hat gezeigt, wie so schnell Entlastung geschaffen werden
155 kann. Die dezentrale Unterbringung sollte immer Vorrang haben.

156 Der Absenkung von Sozialleistungen stellen wir uns entgegen, denn unsere Verfassung setzt
157 hier mit Blick auf Asylbewerberleistungen zu Recht einen hohen Standard, der zu beachten
158 ist: Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ist als Menschenrecht
159 garantiert. Wir wollen Integration, Bildungschancen von Kindern, soziale Teilhabe und eine
160 gute medizinische Versorgung sicherstellen. So ermöglichen wir es Menschen, gut bei uns
161 anzukommen.

162 Wir investieren in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt – sowohl für bereits hier
163 lebende als auch für ankommende Menschen. Rassismus und Ausgrenzung stellen wir uns
164 entschieden entgegen. Den unermüdlichen Einsatz der Zivilgesellschaft erkennen wir an und
165 wollen sie stärker unterstützen.

166 4. **Menschen, die zu uns kommen, Chancen bieten und in Arbeit bringen**

167 Wer arbeiten kann, soll es auch dürfen. Unternehmen suchen händeringend nach
168 Mitarbeiter*innen, während es für viele Geflüchtete schwierig, oder zum Teil sogar verboten
169 ist, eine Arbeit aufzunehmen. Arbeitserlaubnisse sollten zügig erteilt werden ohne
170 bürokratische Hürden, wie zum Beispiel Zustimmungserfordernisse durch die Ämter. Die
171 Gleichbehandlung beim Lohn muss weiterhin gewährleistet werden. Wer hierher kommt, soll
172 seinen Lebensunterhalt auch so schnell wie möglich selbst bestreiten können. Das leistet
173 einen Beitrag im Kampf gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel, fördert frühzeitig
174 Integration und Teilhabe und sorgt für Einnahmen in den öffentlichen Kassen. Ab dem Erhalt
175 der Arbeitserlaubnis sollen Geflüchtete in den Jobcentern bei der Arbeitsaufnahme beraten
176 und unterstützt werden. Das breite Angebot an Fördermöglichkeiten und Qualifizierung wollen
177 wir zudem individuell und verbindlich mit dem Spracherwerb verknüpfen, denn die Kombination
178 von beruflicher und sprachlicher Qualifizierung verbessert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.
179 Der stärkste Motor für Integration war und ist Arbeit und Beschäftigung. Dafür haben wir die
180 Möglichkeit eines Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration
181 geschaffen und damit bereits hier lebenden Menschen einen Zugang zum Arbeitsmarkt
182 ermöglicht. Mit dem Chancenaufenthaltsgesetz und dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist der

183 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir begrüßen außerdem die von der Bundesregierung in den
184 Verhandlungen zum Migrationspaket geplanten Erleichterungen bei der Arbeitsmarktintegration,

185 zum Beispiel durch die Änderung der Stichtagsregelung bei der Beschäftigungsduldung oder die
186 Lockerung von Arbeitsverboten, die eine deutliche Verbesserung bedeuten. Daran arbeiten wir
187 weiter.

188 5. **Verfahren verbessern und beschleunigen**

189 Wir wollen für schnellere und faire Verfahren ("fast and fair") – und damit für Klarheit für
190 Betroffene wie für die Kommunen sorgen. Menschen, die Schutz suchen, bekommen so
191 schneller
192 Gewissheit darüber, ob sie bleiben können. Zugleich muss die Qualität der Entscheidungen
193 verbessert werden und weiterhin für eine rechtssichere Ausgestaltung der Verfahren gesorgt
194 werden. Dazu gehört auch das Recht auf persönliche Anhörung und die Möglichkeit,
195 Rechtsmittel einzulegen. Wir wollen, dass Verfahren vereinfacht, angepasst und digitalisiert
196 werden. Dazu zählt insbesondere der Datenaustausch zwischen den beteiligten Behörden durch
197 eine einheitliche bundesweite IT-Plattform, die zum Beispiel eine bessere Verteilung
198 ermöglicht. Unnötige Bürokratie muss beendet werden. Aufenthaltserlaubnisse sowie Visa für
199 Erwerbs- und Bildungsmigration sollen für längere Zeiträume erteilt werden, damit nicht
200 ständig Verlängerungen vorgenommen werden müssen. Antragstellungen sollten leichter und
201 digitalisiert ablaufen. Hier gehen wir mit der Visadigitalisierung bereits wichtige
202 Schritte. Berufsabschlüsse wollen wir schneller und unbürokratisch anerkennen. So entlasten
203 wir die Behörden und schaffen Ressourcen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
204 (BAMF), die Einwanderungs- und Ausländerbehörden der Länder, die deutschen
205 Auslandsvertretungen sowie die Verwaltungsgerichte müssen personell besser aufgestellt
206 werden. Dafür braucht es auch mehr Mittel. Wir kritisieren eine Verpflichtung von
207 Geflüchteten an der derzeitigen Praxis zur Passvergabe der syrischen Botschaft mitzuwirken,
208 denn sie sorgt für eine unnötige Verzögerung der Prozesse. Schutzsuchende müsse Zugang zu
209 Asylverfahrens- und Sozialberatung haben.

209 6. **Rückführungen rechtsstaatlich und menschenwürdig durchführen**

210 Rückführungen müssen rechtsstaatlich durchgeführt werden. Nicht jeder, der nach Deutschland
211 kommt, kann bleiben. Wer beispielsweise vor politischer Verfolgung flieht, hat ein Recht auf
212 Schutz. Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen
213 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat und bei denen
214 keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Dafür braucht es
215 funktionierende und menschenwürdige Regeln auch im Bereich der Rückführungen, die stets
216 rechtsstaatliche Standards sicherstellen. Die freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang.
217 Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer
218 Strafe prioritär zurückgeführt werden. Da, wo Rückführungen notwendig sind, müssen sie auch
219 vollzogen werden können. Sie sollen dabei stets dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
220 folgen, und einem effektiven Grund- und Menschenrechtsschutz folgen. Das ist unsere
221 Leitschnur. Gerade auch für das Rückführungsverbesserungsgesetz, das ohnehin nur eine
222 geringfügige Entlastung bewirken wird. Der rechtsstaatliche Schutz im Verfahren, sowie
223 besonders der Schutz vulnerabler Gruppen sowie von Familien und Kindern muss stets

224 sichergestellt sein. Es braucht auch eine deutlich bessere psychosoziale Begleitung vor und
225 während der durchgeführten Abschiebungen.

226 7. **Migrationsabkommen abschließen**

227 Wir wollen Migration besser ordnen und steuern. Dafür wollen wir menschenrechtsbasierte
228 Migrationsabkommen abschließen, die helfen, bessere Lebensbedingungen vor Ort zu schaffen
229 und sichere und geordnete Migration zu ermöglichen. Denn eine erfolgreiche
230 Migrationspolitik, die auch besser steuert, kann nur gelingen, wenn wir mit Herkunfts- und
231 Transitstaaten verstärkt zusammenarbeiten. Mit Visaerleichterungen und
232 Ausbildungspartnerschaften erhalten Partnerstaaten eine Aussicht auf legale Migration und
233 garantieren im Gegenzug beispielsweise eine sichere Rückkehr ihrer Staatsangehörigen. Nur
234 durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für die Vereinbarungen, Rückführungen und
235 geordnete und sichere Migration geschaffen werden. Mehr geregelte Migration ermöglicht
236 weniger unregelmäßige Migration. Das ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, die zumeist
237 keine Alternative zur lebensgefährlichen Flucht haben. Sie ist vor allem auch im Interesse
238 Deutschlands, beispielsweise weil wir und unsere Wirtschaft auf zusätzliche Fach- und
239 Arbeitskräfte angewiesen sind. Uns ist wichtig, die Interessen der Partnerstaaten nicht aus
240 dem Blick zu verlieren und beispielsweise einen Braindrain zu verhindern. Es müssen nun
241 schnell tragfähige Abkommen durch den Sonderbeauftragten der Bundesregierung
242 ressortübergreifend koordiniert und abgeschlossen werden. Die Auswirkungen solcher
Abkommen
243 wollen wir kontinuierlich evaluieren. Die aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist
244 dabei zentral. Auswirkungen solcher Abkommen wollen wir kontinuierlich evaluieren und bei
245 negativen Auswirkungen gegensteuern.

246 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir nicht richtig, denn es löst keine
247 Probleme. Staaten, in denen Minderheiten systematisch verfolgt werden, sind nicht sicher.

248 Der Deutsche Bundestag hat noch im Januar den Genozid an den Jesid*innen durch den
249 sogenannten "Islamischen Staat" anerkannt. Daraus erwächst für uns eine besondere
250 Verantwortung gegenüber den Opfern. Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak stellen wir
251 uns darum entgegen. Wir treten dafür ein, dass Bund und Länder alle rechtlichen Mittel
252 ausschöpfen, um Abschiebungen von Jesid*innen zu verhindern. Die Möglichkeit der Rückkehr
von

253 abgeschobenen Jesid*innen soll geprüft werden. Gleichzeitig streben wir an im
254 Aufenthaltsgesetz eine rechtssichere Bleibeperspektive für Jesid*innen zu schaffen.

255 8. **Gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben**

256 Wir wollen ein wirksames gemeinsames europäisches Asylsystem entwickeln. Europa ist stark
257 und handlungsfähig, wenn es zusammensteht. Wir müssen in Europa gemeinsam an einer
258 rechtsbasierten und lösungsorientierten Flüchtlingspolitik arbeiten. Wir stehen zu unseren
259 völkerrechtlichen und europäischen Verpflichtungen. Wir erwarten dabei allerdings auch, dass
260 andere EU-Staaten ihre Verpflichtungen einhalten. Der Asylantrag von Menschen, die in der EU
261 ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden. Wir wollen eine
262 faire Verteilung von Schutzsuchenden. Deutschland hat in den letzten Jahren sehr viele
263 Geflüchtete aufgenommen. Wir wollen, dass alle Menschen, die zu uns kommen, an den
264 Außengrenzen registriert werden und es zu einer fairen Verteilung in Europa kommt. Dafür
265 müssen auch andere europäische Länder mehr Verantwortung übernehmen. Unser Ziel ist ein

266 verbindlicher Verteilmechanismus von Schutzsuchenden. Auf dem Weg dorthin soll ein
267 dauerhafter, verlässlicher und verbindlicher Solidaritätsmechanismus die Verteilung
268 maßgeblich verbessern. In den derzeitigen Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen
269 Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir uns für ein funktionierendes, menschenwürdiges
270 System, in dem Familien und Kinder sowie vulnerable Gruppen besonders geschützt werden,
271 sowie für eine verbindliche Verteilung und Rechtsdurchsetzung ein. Grenzverfahren dürfen
272 nicht dazu führen, dass weitere Haftlager wie Moria an den Außengrenzen entstehen, die die
273 Würde und die Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Der Entrechtung von Menschen, die
274 autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, stellen wir uns entgegen. In Krisensituation
275 wollen wir Menschen in Not helfen und nicht ihre Rechte beschränken. Wir werden in enger
276 Abstimmung zwischen Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und
277 Regierungsmitgliedern für Verbesserungen bei den GEAS-Verhandlungen kämpfen. Auch das
278 Ergebnis werden wir gemeinsam bewerten. Unsere jeweiligen Positionierungen zu den
279 Rechtsakten werden wir davon abhängig machen, ob unter dem Strich Verbesserungen in der
280 Europäischen Asylpolitik und auch für Europa stehen. Die Einführung des auch in
281 Großbritannien gescheiterten Ruanda-Modells lehnen wir entschieden ab.

282 9. **Menschenrechte auch an den EU-Außengrenzen durchsetzen**

283 Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten werden - sie sind
284 unverhandelbar. Der menschenrechtswidrige Umgang mit Geflüchteten an den europäischen
285 Außengrenzen ist unhaltbar, er sorgt für Leid und Chaos. Menschenrechte werden verletzt,
286 ordentliche Verfahren sind nicht gewährleistet. Auch aus diesem Grund fliehen viele Menschen
287 innerhalb Europas weiter. So kann es nicht weitergehen. Wir wollen deshalb Regeln in Europa
288 schaffen, die rechtsstaatliche und menschenwürdige Aufnahmen und Verfahren sicherstellen.
289 Wir wollen, dass Menschenrechte an den Außengrenzen überwacht und Menschen zuverlässig
290 registriert werden. Menschenrechtsverstöße müssen konsequent sanktioniert werden.

291 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die zunehmend von
292 europäischen Beamt*innen übernommen werden sollten. Deswegen wollen wir Frontex
293 rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich nicht an
294 menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze konsequent und zeitnah
295 beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es
296 einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Wir setzen uns dafür
297 ein, dass Frontex nicht nur vom Europaparlament, sondern auch von nationalen Parlamenten
298 besser überwacht wird. Dazu gehört auch der Zugriff auf Einsatzberichte. Es muss einfacher
299 werden, Frontex für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, wie beispielsweise durch eine
300 eigene Haftungsgrundlage.

301 10. **Seenotrettung stärken**

302 Wir wollen das Sterben auf dem Mittelmeer beenden. Die Seenotrettung ist eine rechtliche und
303 humanitäre Verpflichtung, die wir aus tiefer Überzeugung unterstützen. Allein in diesem Jahr
304 sind nach Angaben der Vereinten Nationen bereits mehr als 2.500 Menschen beim Versuch, das
305 Mittelmeer zu überqueren, gestorben oder gelten als vermisst. Die EU als Wertegemeinschaft
306 darf dem Massensterben in den Meeren nicht tatenlos zusehen, sondern muss es beenden. Es
307 braucht endlich eine europäische Initiative für eine staatlich koordinierte und ausreichend

308 finanzierte Seenotrettung. Die Förderung der zivilen Seenotrettung durch den Bund ist ein
309 wichtiger und richtiger Beitrag; wir treten jedoch weiter für eine EU-Seenotrettungsmission
310 ein. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache wollen wir endlich beenden. Wir treten
311 einer Kriminalisierung und Behinderung von Seenotrettungsorganisationen entschieden
312 entgegen. Nationale oder internationale Rechtsverschärfungen, die darauf abzielen, die
313 Seenotrettung zu erschweren, tragen wir nicht mit.

314 11. **Fluchtursachen bekämpfen**

315 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden Ansatz
316 gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die wichtigsten Auslöser sind
317 bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen.
318 Hinzu kommen die sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in
319 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen. Die Klimakrise
320 ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer Anstrengungen wird diese Krise
321 Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Historisch betrachtet tragen die westlichen
322 Industriestaaten eine besondere Verantwortung. Europa sollte zusammen mit anderen
323 Industriestaaten vorangehen und Prozesse unterstützen, in denen mit betroffenen Staaten über
324 internationale Regulation im Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter
325 Migration, Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird
326 und klimagerechte Lösungen gefunden werden. Die EU sollte die betroffenen Staaten bei den
327 notwendigen Anpassungsmaßnahmen zur Schaffung von Klimaresilienz sowie einem Fonds für
328 Verluste und Schäden der Klimakrise unterstützen. Die allermeisten Menschen, die ihre Heimat
329 verlassen müssen, sind Binnenvertriebene oder finden Zuflucht in den jeweiligen
330 Nachbarstaaten. Mit dem Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfe sowie strukturbildender
331 Übergangshilfe in Krisenregionen können wir Menschen – darunter auch Geflüchtete und
332 Binnenvertriebene – in ihrer akuten Notlage unterstützen. So tragen wir dazu bei, das Leid
333 unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe, sowie mit
334 fairen Handelsbeziehungen können wir langfristig zur Verbesserung der Lebensperspektiven
335 beitragen; die Bereitstellung von Stabilisierungsmitteln trägt zur Krisen- und
336 Konfliktprävention bei.

Dringlichkeitsantrag: Eine solidarische Gesellschaft braucht Demokratie! – Schuldenbremsenideologie überwinden!

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Franz Florian Krause (KV Hamburg-Altona)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Die Partei „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ fordert die sofortige Aussetzung der Schuldenbremse auf
- 2 allen Ebenen mit der realen Perspektive ihrer Abschaffung. Wir setzen uns für eine
- 3 bundesweite Aufklärungskampagne ein, welche die Bevölkerung über die antidemokratischen
- und
- 4 gesellschaftlichen Folgen der Austeritätspolitik aufklärt und politische Mehrheiten für die
- 5 ersatzlose Abschaffung der Schuldenbremse schafft.

Begründung der Dringlichkeit

Die Fortschrittsfeindlichkeit der vermeintlich ideologiefreien „Schuldenbremse“ (Investitionsverbot) ist durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 gegen die Umlage von Haushaltsmitteln von 60 Milliarden in den Klima- und Transformationsfonds in neuer Brisanz verschärft. Dagegen, dass nun auch die bisherigen Wege zur Ermöglichung von Investitionen unter Schuldenbremsenbedingungen infrage gestellt sind, fordern in den letzten Tagen mit verschiedener politischer Schwerpunktsetzung aber in einhelliger Dringlichkeit Stimmen aus den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bereichen und politischen Institutionen (Wirtschaftswoche, SPD-Vorsitzende, DGB, Nabu, etc.) die Abschaffung oder Aussetzung der Schuldenbremse. Die Tagesschau vom 18.11.2023 zitiert ein DGB-Vorstandsmitglied mit den Worten: „Das jüngste Verfassungsurteil zeige, dass die Schuldenbremse unflexibler und investitionsfeindlicher sei, als viele in Deutschland gedacht hätten.“ Die Schuldenbremse hindert uns gerade in Zeiten der multiplen Krisen aktiv daran, Klimakrise und gesellschaftliche Ungleichheit zu bekämpfen. Die neu hervortretende Alternativlosigkeit des Investitionsverbots unterbindet schon demokratische Debatten über die besten Wege zur Krisenlösung im Keim. Dies gefährdet nicht nur die Existenz aktueller und kommenden Generationen, sondern befeuert den immer weiter fortlaufenden Rechtsruck in unserer Gesellschaft, welcher sich seit einiger Zeit verzeichnen lässt. Um das Leben aktueller und kommender Generationen menschenwürdig zu gestalten und den aus vermeintlicher Alternativlosigkeit des Mangels gespeisten Rechtsruck umzukehren, braucht es die Aussetzung der Schuldenbremse mit einer realen Perspektive ihrer Abschaffung.

Begründung

Rechtsruck, soziale Spaltung und Klimakrise sind die Folgen der neoliberalen Ideologie und der Logik von Profitmaximierung und Abbau staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft. Sei es die Bahn, dessen Ausbau und Zustand weiterhin unzureichend ist, die Telekommunikation, wo bis heute Region abgeschnitten vom Internet verweilen, oder die Post, welche überlegt nur noch fünf Tage die Woche auszuliefern. Die fehlende Handlungsmöglichkeiten durch starre Staatsfinanzen führen zu immer weiterer Privatisierung und damit abflachender Einflussmöglichkeit auf die Daseinsversorgung und kritische Infrastruktur Deutschlands. Ein Ende dieser fortlaufenden Enteignung der Bürger*innen, bspw. mit Blick auf den Hamburger Hafen, scheint nicht in Sicht zu sein.

Für 2024 droht uns ein vehementer Sparhaushalt, welche realen Einfluss auf die Lebenswirklichkeit aller Menschen in Deutschland mit sich bringt. Jugendclubs, Sozialkaufhäuser, Frauenhäuser uvm., wichtige Institutionen des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, genau hier soll es vehemente Einsparungen geben, welche das soziale Klima weiter deutlich verschärfen werden. Während es durch Kriege in der Welt, Inflation und Coronakrise genug zu tun gibt, bleiben wir weit hinter den Verhältnissen unserer entwickelten Welt zurück, um einer Ideologie der Enthaltbarkeit zu entsprechen.

Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 zum Verbot der Umlage von 60 Milliarden Euro in den Klima- und Transformationsfonds, welche eigentlich im Rahmen der Corona Bekämpfung ausgegeben werden sollten, ist klar, die Schuldenbremse verhindert auch den wirksamen Klimaschutz. Sie ist es, die die menschliche Lebensgrundlage und die Zukunft der kommenden Generationen bedroht.

Das alles, obwohl wir den gesellschaftlichen Wohlstand bereits heute erarbeitet haben, damit niemand in Armut leben oder das Klima zerstört werden müsste. Die fehlende staatliche Handlungsfähigkeit zur Schaffung guter Jobs und sinnvoller Investitionen in die Gesellschaft von Morgen ist die Konsequenz der Politik von schwarzer Null und zügellosen Neoliberalismus.

Bundesweit werden die Stimmen zur Streichung der Schuldenbremse, egal ob aus Sozial- oder Umweltverbänden, gerade in den letzten Tagen immer lauter. Die Dringlichkeit mit Blick auf die sich zuspitzende Lage und der Ausblick in die kommende Zeit ist unübersehbar. Statt die Erzählungen den Konservativen und Rechten zu überlassen, muss gerade im Konflikt mit diesen die gesellschaftlichen Mehrheiten für die ersatzlose Abschaffung der Schuldenbremse erstritten werden, damit wir eine gute Welt für alle Menschen in Deutschland errichten, die Klimakrise stoppen und den andauernden Rechtsruck umkehren können. Bis dorthin braucht es ihre Aussetzung, um das wirksam Tun von Bundes-, Landes- und Kommunalregierungen zum solidarischen Umgang mit den multiplen Krisen unserer Zeit zu ermöglichen.

weitere Antragsteller*innen

Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bastian Höpfner (KV Hamburg-Harburg); Rainer Albrecht (KV Heilbronn); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Sandra Smolka (KV Freising); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Ralf Henze (KV Odenwald-

Kraichgau); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Alicia Böhm (KV Stuttgart); Patrick Graf (KV Rastatt/Baden-Baden); Franka Helene Sunder (KV Freiburg); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.